

## **Einbringung des Haushalts 2023 im Gemeinderat am 13.12.2022 durch den Bürgermeister**



Meine sehr verehrten Damen und Herren,

nach den Vorberatungen in den Ausschüssen am 15. und 16. November bzw. zuletzt im Gemeinderat am 29. November, legen wir Ihnen heute den Entwurf des Haushaltsplanes für das kommende Jahr 2023 vor. Noch nie war unsere Planung von so vielen Unsicherheiten geprägt wie dieses Mal – sowohl was die Prognosen zu den Ausgaben als auch zu den Einnahmen anbelangt.

Der Haushalt spiegelt damit die immensen Herausforderungen dieser Zeit wieder. Denn wir erleben aktuell eine Vielzahl von parallel verlaufenden Krisen in einem Ausmaß, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht erlebt haben. Corona, Krieg inmitten von Europa, Millionen Menschen auf der Flucht, Inflation in einer über Jahrzehnte unbekanntenen Höhe. Und zudem wird auch bei uns die Klimakrise immer spürbarer. Die Energie- und Versorgungssicherheit ist aktuell in Frage gestellt, die Energiekosten für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Kommunen bewegen sich in einer, die wirtschaftliche Existenz, bedrohenden Höhe.

Die viel zitierte „Zeitenwende“ hat die Welt verändert und sie muss damit auch ganz konkrete Auswirkungen auf die Prioritätensetzung zentraler Politikfelder haben. Die Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, ein verbesserter Katastrophen-, Zivil- und Bevölkerungsschutz, die Sicherung der Energieversorgung, der Wasserversorgung und die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens sind Beispiele für eine neue, dringend erforderliche Prioritätensetzung.

Die politisch zugesagten Entlastungen und Rettungsschirme müssen ebenfalls finanziert und administriert werden. Dabei gilt es zudem, die langfristigen Herausforderungen des demografischen und des gesellschaftlichen Wandels, der sich insbesondere auf den KiTa- und Schulbereich auswirkt, sowie einer klimagerechten und digitalen

Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, nicht aus den Augen zu verlieren.

Und es zeigt sich einmal mehr, dass die vielen Krisen und Herausforderungen unserer Zeit insbesondere auch in den Städten und Gemeinden bewältigt werden müssen – bei uns in den Rathäusern und Landratsämtern, von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die längst an der Belastungsgrenze stehen. Und das alles in Zeiten eines umfassenden Fachkräftemangels.

Ein „Weiter so“ ist deshalb, wie der Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg, bei jeder sich bietenden Chance vollkommen zurecht ausführt, nicht möglich.

Die multiplen Krisen werden dazu führen, dass die Armut steigt. Und sie werden weiter verdeutlichen, dass auch in Deutschland und in unseren Kommunen die staatliche Leistungsfähigkeit sowohl in finanzieller Hinsicht als auch mangels der personellen Ressourcen begrenzt ist. Unsere Gesellschaft wird deshalb ihre Ansprüche und Erwartungen gegenüber dem Staat wieder zurückstecken und den Menschen wieder mehr Eigenverantwortung übertragen müssen.

Wir können die großen Zukunftsaufgaben jedenfalls nicht mehr mit den bisherigen politischen Antworten lösen. Die Zeiten des immer mehr, immer weiter und des immer höher sind vorbei. Die Kommunen können nicht dauernd neue Zusagen erfüllen und es geht auch nicht alles gleichzeitig.

So beispielsweise im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung, wo eine Vielzahl der Kommunen den von der Politik festgeschriebenen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz schlichtweg nicht erfüllen kann. Immer mehr Kinder, stetig steigende Standards und zugleich ein massiver Fachkräftemangel – das Beispiel zeigt, dass Anspruch und Wirklichkeit zusehends auseinanderklaffen. Das Beispiel WABE und die explodierten Projektkosten zeigt uns zudem auf, dass neue, noch nicht begonnene Projekte momentan nicht kalkulierbar sind und eigentlich nicht angegangen werden sollten. Dieses Dilemma kann aber nicht auf kommunaler Ebene aufgelöst werden.

Auch der im Oktober 2021 vom Bund beschlossene Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung an Grundschulen ist ein Beleg dafür. Es ist kein Ausdruck verantwortlicher Politik, immer wieder neue Rechtsansprüche und staatliche Leistungen ins Gesetz zu schreiben und den Bürgern damit etwas zu versprechen, ohne dass zuvor die Frage beantwortet ist, ob die Zusagen überhaupt erreichbar bzw. leistbar sind. Spätestens nach der Zeitenwende ist es erforderlich, den Rechtsanspruch auf die Ganztagesgrundschule kritisch zu überdenken. Die Politik und auch wir sollten schlichtweg weniger versprechen und das Begonnene zum Gelingen bringen. Wir müssen uns am Machbaren orientieren. Man kann es deshalb immer wieder nur betonen: Politik ist die Betrachtung der Realität! Es geht nicht um das Wollen, sondern um das Können.

Es wird deshalb in verschiedenen Bereichen künftig notwendig sein, Dinge zu verschieben, Abstriche zu machen und insbesondere Erfüllungsstandards und Bürokratie zu reduzieren.

Ganz dementsprechend beschränkt sich unser Haushaltsentwurf für das kommende Jahr weitestgehend darauf, **das bereits Begonnene und vom Gemeinderat bereits Beschlossene umzusetzen**. Für die Erfüllung von Wünschen bestehen derzeit jedenfalls keine Spielräume, zumal wir auch noch **neue Aufgaben, die die Zeitenwende mit sich bringt, zu erfüllen** haben.

Bei *letzterem - den neuen Aufgaben* - denke ich beispielsweise an den Bevölkerungsschutz, der in Deutschland nach der Beendigung des Kalten Krieges vollständig vernachlässigt wurde. Insbesondere der vorletzte bundesweite Alarmtag hat die Mängel aufgezeigt. Wir werden deshalb nun neu in unsere Alarmierung investieren, die vorhandenen Sirenenanlagen in den Stadtteilen technisch nachrüsten und ein neues Alarmwesen mit mobilen Geräten in der Stadt aufbauen.

Wir sind froh, dass wir uns bereits vor der Zeitenwende mit der Überarbeitung unserer Alarm- und Notfallpläne beschäftigt haben. Dies weniger vor dem Hintergrund der Furcht vor kriegerischen Auseinandersetzungen und eines damit verbundenen Blackouts oder Brownouts. Zunehmende, durch die Klimaveränderung auftretenden

Katastrophen, insbesondere durch Starkregenfälle oder Hochwässer, aber auch die Sorge vor terroristischen Anschlägen waren unsere besondere Motivation. So haben wir bereits im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit Experten der EnBW in mehreren Workshops ein neues Krisenhandbuch erstellt, das unter anderem auch für Stromausfälle Vorsorge treffen soll.

Wir freuen uns deshalb, in der heutigen Krisenzeit auf diese Arbeit zurückgreifen zu können. So hat uns nun das neu erstellte Krisenhandbuch auch eine gute Grundlage geboten, um kurzfristig ein Notstromkonzept auf den Weg zu bringen – für die Einrichtung eventuell erforderlicher Krisenstäbe und von Notfalltreffpunkten. Vor diesem Hintergrund sind im Haushaltsentwurf für das kommende Jahr 360.000 Euro ausgewiesen - zur Beschaffung von Notstromaggregaten und Notstromeinspeisepunkten in den Feuerwehrhäusern und verschiedenen städtischen Einrichtungen. Vorsorge zur Sicherstellung unserer Wasserversorgung durch Notstromaggregate haben wir vorausschauend bereits in den vergangenen Jahren getroffen.

Ebenso ist in diesen Krisenzeiten vermehrt mit Cyberangriffen zu rechnen. Auch wir sind als Stadtverwaltung mit unseren verschiedenen systemrelevanten Einrichtungen davor nicht gefeit. Unser IT-Bereich hat deshalb mit Nachdruck darauf gedrängt, eine neue Serverstruktur aufzubauen. 80.000 Euro sind dafür unter dem Begriff „Storage“ im Haushaltsentwurf veranschlagt.

Die Neuausstattung unserer zahlreichen Arbeitsplätze mit modernen Laptops und sonstiger Hard- und Software, schlägt nach vielen Jahren der Verwendung alter PCs im neuen Haushalt ebenfalls mit hohen Investitionskosten zu buchen. Eine verlässliche IT-Ausstattung kostet, ob wir es wollen oder nicht, viel Geld und muss immer wieder auch erneuert werden. Aber es geht nicht mehr anders. Wir könnten unsere tägliche Arbeit nicht mehr leisten, hätten wir diese technische Unterstützung nicht.

Ich danke deshalb dem Gemeinderat ganz besonders für die Zurverfügungstellung dieser Mittel. Die neuen Geräte werden unsere Arbeit erleichtern, insbesondere auch bei der mobilen Arbeit,

und zur Motivation der Beschäftigten in der Verwaltung beitragen. Seien Sie versichert, dass unsere Mitarbeiter dies zu schätzen wissen.

Bei der Betrachtung der Herausforderungen unserer Zeit, kommt insbesondere auch der zunehmenden Digitalisierung aller Bereiche in unserer Gesellschaft eine zentrale Bedeutung zu. So hat sich auch in der Kommunalverwaltung der Digitalisierungsdruck in den vergangenen zwei Jahren rasant erhöht. Mit der weiteren Digitalisierung unserer Verwaltungsdienstleistungen stellen wir uns dieser dringenden Zukunftsaufgabe. Auch wenn wir insgesamt betrachtet noch eher am Anfang unserer digitalen Transformation stehen, sind wir mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes bereits ein gutes Stück vorangekommen.

So können zwischenzeitlich 119 unserer Verwaltungsleistungen über die Plattform Service-BW digital abgewickelt werden; weitere 122 Leistungen sind in der Umsetzung. Dieses überdurchschnittliche Ergebnis, mit dem wir inzwischen eine führende Rolle im Landkreis Rottweil einnehmen, spiegelt den starken Einsatz unseres Teams. Es zeigt aber auch, dass wir uns der Relevanz dieses Themas für die Stadt Oberndorf und Ihre Bürger bewusst sind.

Es hat sich bewährt, dass wir mutig waren und schon früh den digitalen Weg eingeschlagen haben. Mut ist die Grundlage jeder Innovation. Die Alternative dazu wäre Stillstand und ein bloßes Verwalten, wie man es leider so oft feststellt. Ich freue mich, dass insbesondere unsere IT immer wieder auch mit Mut zur Veränderung vorausgeht und bereit ist, sich den neuen Herausforderungen zu stellen. Die Digitalisierung bietet im Bereich unserer Stadt noch viele Potentiale, die es auszuschöpfen gilt. Dies bestätigt und bestärkt uns, den eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen.

Herzlichen Dank dem Gemeinderat wiederum auch für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel zur Neuausstattung und zur Sanierung verschiedener Büros in der Verwaltung, im Gebäude Linde 13 oder auch für die Beschaffung von neuen Geräten und Fahrzeugen im Bereich des Bauhofes, der Gärtnerei, in der

Kläranlage, im Wasserwerk, im Freibad oder für die Feuerwehr. Es handelt sich hierbei fast ausschließlich um Ersatzbeschaffungen.

Wir benötigen all diese Dinge nur, um unsere vielseitige Arbeit gut erfüllen zu können. Gleiches gilt für die vorgesehenen Beschaffungen in den Schulen, den Kindertagesstätten, in der Volkshochschule, der Kunstschule, im Museum, in der Bücherei und in unseren weiteren Einrichtungen.

Zu den immensen Herausforderungen dieser Zeit zählt natürlich auch der Klima- und Umweltschutz. Mit dem Haushalt des kommenden Jahres setzen wir unsere besonderen Aktivitäten als zertifizierte eea-Kommune fort.

So bauen wir derzeit zur Wasserkraftnutzung eine neue Wasserkraftturbine am Sulzbach und legen den Triebwerkskanal um, der früher über das Brauereiareal ins Schweizermühlegässle verlief.

Wir wollen die Kläranlage in Aistaig energieautark stellen und damit unsere hohen Stromkosten im Klärwerk auf Null reduzieren, indem wir über den Belebungsbecken ein Solar-Faltdach installieren und die weiteren, zur PV-Nutzung geeigneten Flächen, im Klärwerk mit Photovoltaik-elementen bestücken.

Der Gemeinderat hat zudem beschlossen, dass im Zuge der momentanen Sanierung der G1 - G3 Turnhallen dort ebenfalls PV-Anlagen installiert werden – sowohl auf dem Dach als auch teilweise an der Fassade.

Wir schreiben derzeit die städtischen Dachflächen zur Gewinnung regenerativer Energie durch Private aus.

Parallel dazu erstellt das Büro Gfrörer für uns ein Konzept, auf dessen Grundlage wir Freiflächen-PV-Anlagen zur Ausnutzung weiterer Potentiale ermöglichen wollen.

Und ich habe mich sehr darüber gefreut, dass der Gemeinderat nahezu geschlossen unserem Vorschlag gefolgt ist, gemeinsam mit

der badenova, die Weichen zur Windkraftnutzung entlang der A 81 zu stellen.

Aber auch die Klimafolgenbeseitigung spielt für uns als Neckaranrainer nach wie vor eine wichtige Rolle. Wir investieren deshalb zusammen mit dem Land Baden-Württemberg im kommenden Jahr und in den Folgejahren weitere Millionen von Euro in den Hochwasserschutz. Gab es diesbezüglich vor Jahren noch Kritiker und Leserbriefeschreiber, die versucht haben die Hochwassergefahren kleinzureden, so sind die Diskussionen über die Notwendigkeit eines effektiven Hochwasserschutzes, spätestens seit der Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen, verstummt.

Gerne nutze ich in diesem Zusammenhang die heutige Gelegenheit auch, um unseren Rettungskräften, d. h. unseren Feuerwehren, dem DRK und den Polizeiangehörigen einmal mehr meine besondere Anerkennung auszusprechen. Sie leisten für uns zu allen Tag- und Nachtzeiten und bei jeder Witterung ihren Dienst. Sie setzen sich den Gefahren aus, die jeder von uns zu vermeiden versucht. Sie riskieren dabei ihre Gesundheit und manchmal auch ihr Leben.

Umso mehr ist es unsere gesellschaftliche Pflicht ihnen nicht nur zu danken, sondern ihnen auch die notwendige Ausstattung für ihre Einsätze bereitzustellen. Wir haben deshalb im Haushalt des kommenden Jahres wieder sämtliche von der Feuerwehr angemeldeten Bedarfe berücksichtigt. Ebenso wollen wir über die Anhebung der Feuerwehrentschädigungssätze das Wirken unserer Feuerwehrangehörigen gebührend honorieren und das besondere ehrenamtliche Engagement in der Feuerwehr wertschätzen.

Ich weiß, dass Sie alle, die Sie diesem Gremium angehören, dies ebenso sehen, was aber nicht dazu führen kann, dass wir nicht hinterfragen. Es ist deshalb auch richtig, dass sich die Strukturkommission mit der Frage beschäftigt, ob weitere Investitionen in den bisherigen Feuerwehrstandort in Aistaig noch Sinn machen, oder ob es anderer Lösungen bedarf. Wir werden - dessen bin ich mir sicher – diese Frage in enger Abstimmung mit

den Verantwortlichen der Feuerwehr klären und bedarfsgerecht beantworten.

*„Begonnenes im Rahmen der neuen Prioritätenfestlegung fortsetzen“*. Unter dieser Prämisse wurde Vieles im Rahmen unserer diesjährigen Haushaltsberatungen bereits für 2023 vorentschieden. Der diesjährige Haushalt war damit weitestgehend ein Doppelhaushalt bzw. ein 2-Jahreshaushalt. Es hätte keiner großen weiteren Anmeldungen für 2023 mehr bedurft.

So weist der Blick auf das Begonnene an Fortsetzungsmaßnahmen für das kommende Jahr aus:

- die Sanierung und Weiterentwicklung unseres Schulzentrums einschließlich der dortigen Turnhallen,
- die Weiterentwicklung und den Ausbau unserer Kindertagesstätten, insbesondere auch zur Schaffung weiterer KiTa-Plätze im gesamten Stadtgebiet,
- die Fortführung der Talstadtsanierung, für die inzwischen die konkrete Umsetzungsphase begonnen hat,
- die Erschließung der Gewerbegebiete „Vogellocherweiterung“ in Bochingen, „Brandäckererweiterung“ in Hochmössingen und eines Schuppegebietes in Bochingen,
- die Vorbereitung des neuen Wohnbaugebietes „Hinter der Kirche“ in Hochmössingen,
- die Sanierung der Bozenhardstraße, die Erneuerung der Straßendecke im Kameralhof und die Sanierung verschiedener Brückenbauwerke im Stadtgebiet,
- den barrierefreien Ausbau diverser Bushaltestellen,
- die Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge,



- und viele weitere Instandsetzungs- und Unterhaltungsmaßnahmen auf deren Auflistung ich aber verzichte.

Unsere Bauämter werden dies alles sicherlich nicht in Gänze bewerkstelligen können. Die Gründe dafür sind bekannt. Hierzu habe ich bei der Einbringung des diesjährigen Haushaltes umfassend ausgeführt. Zum einen lassen unsere Personalkapazitäten die Umsetzung aller Maßnahmen nicht zu, selbst dann nicht, wenn die nach wie vor unbesetzte Architektenstelle wieder zeitnah besetzt werden kann. Zum andern zeigt die Praxis, dass sich Bauverläufe und Bauvorhaben aus vielerlei Gründen in der Realität vielfach anders entwickeln als geplant. Die Umsetzung mancher Maßnahmen wird sich deshalb teilweise wieder in die Folgejahre verschieben, was in der Folge zu einer Verringerung des veranschlagten Fremdfinanzierungsbedarfs und zu einer noch höheren Liquidität führen wird.

Ob sich die ausgewiesenen Personalkosten, einschließlich des Eigenbetriebs Wasserversorgung, tatsächlich auf insgesamt 13,7 Mio. Euro erhöhen werden, bleibt abzuwarten. Denn dem liegt insbesondere eine tarifliche Lohnkostensteigerung um 6 Prozent zugrunde. Die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt leider, dass die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst immer geringer ausfallen, als die in anderen Bereichen und als von Verdi gefordert. Ich würde mich aber freuen, wenn unseren Beschäftigten ein Lohnzuwachs von mindestens 6 Prozent zugebilligt würde, denn die Lebenshaltungskosten steigen für die im öffentlichen Dienst Tätigen genauso wie die anderer und auch unser Personal sollte für die nahezu durchweg sehr gute Arbeit, die geleistet wird, gebührend entlohnt werden.

Summa summarum beläuft sich das Volumen des Haushaltsentwurfs für das kommende Jahr auf insgesamt 62,606 Mio. Euro. Dazu bedarf es zumindest planerisch einer Fremdfinanzierung in Höhe von 7,159 Mio. Euro. Der tatsächliche Fremdfinanzierungsbedarf wird sich aber, dessen bin ich mir absolut sicher, wie in den vielen Vorjahren nicht in dieser Höhe bewegen. Im Übrigen werden 4,898 Mio. Euro, also knapp 5 Mio. Euro, der

veranschlagten Kreditaufnahmen durch Rückflüsse über Einnahmen aus Abwassergebühren und Grundstücksverkäufen refinanziert, was unsere finanzielle Leistungsfähigkeit in dieser Höhe natürlich auch nicht einschränkt.

In diesem Zusammenhang ist es mir auch ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass wir in den Jahren, seit denen ich das Amt des Bürgermeisters hier ausübe, lediglich in der Zeit von 2000 bis 2009 verschiedentlich Kredite in Höhe von insgesamt 2 Mio. Euro zur Finanzierung des städtischen Kernhaushaltes aufnehmen mussten und seit 2010 keinen mehr - ganz entgegen der Prognosen im Rahmen unserer jeweiligen Haushaltsberatungen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir auch in 2023 keinen Kredit aufnehmen werden. Und hätten wir die früheren Fremdfinanzierungen, so wie es andere getan haben, in einen weiteren Eigenbetrieb für die Entwässerung ausgelagert, dann wären wir im Kernhaushalt heute schuldenfrei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese wenigen, von mir sehr allgemein gehaltenen Ausführungen, stellen nur einen groben Überblick über all das dar, was der neue Etat für das Jahr 2023 beinhaltet. Herr Kopf und Herr Weber werden anschließend weiter ausführen, wobei Herr Kopf insbesondere auch noch auf die Baulandentwicklung und die Eigenbetriebe eingehen wird.

Ihnen allen meine Damen und Herren, die Sie an der Erstellung des neuen Planwerks mitgearbeitet haben, danke ich für Ihr tatkräftiges Einbringen. Ich versichere Ihnen, dass sich die Verwaltung auch im kommenden Jahr nach besten Kräften bemühen wird, ihr Möglichstes zu leisten.